

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 108.

Neuenbürg, Montag den 12. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 10. Mai. Die Bürgerpartei und der Bauernbund haben in der Landesversammlung den Antrag gestellt: Die Regierung zu ersuchen, Staatswaldungen, die nach Lage und Bodenbeschaffenheit besser zur landwirtschaftlichen Benützung verwendet werden, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften oder gemeinnützigen Organisationen zur Rodung und landwirtschaftlicher Benützung durch Pachtlandwirtschaft kauf- oder pachtweise zu überlassen und dabei Preise festzusetzen, die den örtlichen Durchschnittspreisen entsprechen.

Stuttgart, 9. Mai. Abgeordnete verschiedener Parteien haben bei der Beamtenbesoldungsvorlage in der Landesversammlung die großen Unterschiede hervor, die teilweise zwischen den Besoldungen der Beamten und den Löhnen der Arbeiter bestehen. Abg. Löchner stellte unter lebhaften Versicherungen des Besoldungsausschusses im ganzen Hause fest, daß die Besoldungen der Beamten in diesem Jahre um 1500 bis 2000 Mk. mehr betragen als der Stationsvorstand. Solche Versicherungen lassen die Regierung verständlich erscheinen, die die weitere Kreise der Beamtenbesoldung bemächtigt hatte.

Stuttgart, 9. Mai. Mit der Frage des Zusammenstießes von Süddeutschland, insbesondere von Württemberg und Baden, hat sich die Handelskammer Stuttgart in ihrer heutigen Vollversammlung eingehend beschäftigt und einstimmig beschlossen, von ihrer einmütig zustimmenden Stellungnahme der württ. Regierung und auch den badischen Handelskammern Mitteilung zu machen. Die Handelskammer erklärt sich vor allem für die Beseitigung der Doppelregierung.

München, 10. Mai. Auf die Ergreifung der flüchtigen Münchener Spartakistenführer hat die bayr. Regierung eine Belohnung ausgesetzt. — Im Hotel Freyer in Ulm wurde sich ein Gast dadurch verdächtig, daß er mehrfach verachtete, tausendmarktscheine, die einen Sperrvermerk trugen, wegschleusen ließ. Bei der Kontrolle entdeckte die Polizei im Koffer des Verdächtigen 470000 Mk. in tausendmarktscheinen. Nach anfänglichem Leugnen gestand der Mann an, der Münchener Räteminister Hagen zu sein. Auf Verlangen der Behörden in München wurde der Verhaftete im Kago nach München verbracht. Obige Summe hatte er der Bergbau-Aktiengesellschaft in München, angeblich zur Auszahlung an Bergarbeiter, abgerechnet, indem er die Direktoren der Gesellschaft verhaften ließ. Als richtiger Räteminister behielt er das Geld für sich und ging damit durch. Bei seiner Verhaftung hatte er bereits 4000 Mk. für seine „Ausstattung“ verbraucht.

Berlin, 9. Mai. Ueber die Stellung zu den Friedensbedingungen herrscht zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung völlige Uebereinstimmung. Es haben tägliche Besprechungen des Reichskabinetts statt, an denen auch Vertreter der preussischen Staatsregierung teilnehmen. Außerdem werden zur Beratung der besonders wichtigen nachstehenden Fragen preussische Kommissare hinzugezogen. Gemeinsam mit der preussischen Regierung arbeitet die Reichsregierung an einem Gegeneinverständnis, der die 14 wesentlichen Punkte und die Langjährige Erklärung vom 6. November zur Grundlage hat. Die Verbindung mit unseren Friedensdelegierten in Versailles wird durch Kurierpost erhalten. Es ist ferner drabsichtigt, im ganzen deutschen Reich eine großartige Agitation zu entfalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch Minister in öffentlichen Versammlungen sprechen.

Berlin, 10. Mai. Im roten „Tag“ veröffentlicht der bisherige Reichsfinanzminister Schiffer einen Verlautbarung. Seine Ausführungen münden in die Erklärung aus, daß ein Friede auf derartiger Grundlage unerträglich, unerfüllbar und deshalb unmöglich sei. Wörtlich heißt es: Die Entente hat viel vermocht und viel erreicht. Sie hat Deutschland zwar nicht in der Schlacht, wohl aber durch den Druck des Hungers und die Absperrung der Rohstoffe in die Kniee gezwungen, und diese „ritterlichen“ Waffen stehen ihr auch weiterhin zur Verfügung. Aber auch sie können das Unmögliche nicht möglich, einen unerträglichen und unerfüllbaren Frieden nicht erträglich und erfüllbar machen. — Ueber 100000 deutsche Lehrer zogen aus den Volksschulen und höheren Lehranstalten, sowie als Kandidaten aus Privatschulen, Seminaren und den Universitätsbanken in die Schützengräben, von denen fast der achte Mann den Feldentod fand.

Berlin, 10. Mai. Zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen für die angeordnete Landestraser finden Beratungen mit dem Reichswehrminister statt. Diese Bestimmungen sollen besonders für Berlin möglichst streng durchgeführt werden, da das Verständnis für den Ernst der Lage leider gerade in der Reichshauptstadt viel zu wünschen übrig läßt. Außer der Bestimmung, daß die Theater und Kinos

nur ein erstes Repertoire pflegen dürfen, sind sämtliche Tingeltangel, Kabarets und Firtusse bis zum 17. untersagt und auch die Spielclubs müssen ihre Pforten geschlossen halten. Die Spielclubs werden dann wohl auch weiterhin verboten werden.

(Auch in weiteren Teilen Deutschlands wird der furchtbare Ernst unserer Lage immer noch nicht genügend erfaßt. An den von uns zu tragenden Kriegslasten haben nicht nur wir, es haben auch noch unsere Kinder daran zu schleppen; sie alle werden noch einmal zur Erkenntnis gelangen, daß in dieser Zeit absolut für Niemanden Anlaß vorhanden ist und war, Vergnügen wie Tanz und Spiel zu huldigen. Eine Woche Nationaltrauer sich aufzuerlegen muß für jeden Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nationale Pflicht sein. Schriftl.)

Kiel, 9. Mai. Vom Reichsministerium ist ein Telegramm an das Stationskommando gerichtet worden, in dem es heißt: „Die feindlichen Forderungen werden von der Regierung geprüft. Sie hofft auf Verhandlungen, um die bis jetzt unerfüllbaren Bedingungen abzuschwächen. Aufgabe aller Angehörigen der Marine ist die, in diesen Tagen vaterländischer Mut und Gefahr durch enge Pflichterfüllung der Regierung die erste Grundlage für die Führung der Verhandlungen zu gewährleisten.“

Gegen den Gewaltfrieden.

Karlsruhe, 9. Mai. Die badische Staatsregierung erläßt eine Erklärung an das badische Volk, in der es heißt: Die Bedingungen, unter welchen die vorhin benannten Feinde dem deutschen Volke den Frieden anbieten, sind nimmer bekanntgegeben. Die schlimmsten Verletzungen sind dadurch übertritten worden. Keinem Volke der Erde hat je eine Vergewaltigung gedroht, wie sie die Friedensbedingungen darstellen.

Das deutsche Volk wird sich in dieser Schicksalsstunde geschlossen hinter die Reichsregierung stellen. Wenn es nicht gelingen sollte, den Friedensbedingungen eine Gestalt zu geben, die dem deutschen Volke das Weiterleben als Volk möglich machen, dann werden wir vor die ernste Frage gestellt werden, ob wir uns den Feinden beugen müssen oder ob wir nicht einmütig diesen Friedensschluß zurückweisen müssen.

Die weitere Bezeugung von Rehl durch die Franzosen ist uns Badenern unerträglich. Der wirtschaftlichen Lage unseres Landes würde dadurch ein tödlicher Stoß versetzt werden. Wir erheben lauten Widerspruch gegen diesen Pohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Gegen den uns aufgedrungenen Gewaltfrieden nehmen weiter Stellung die hessische Volkskammer, die verfassungsgebende Versammlung des Freistaats Oldenburg, Senat und Bürgerversammlung Hamburgs, die Bremische Landesversammlung, die außerordentliche Brandenburgische Provinzialsynode, der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen. Alle westpreussischen Städte lehnen die Friedensbedingungen rundweg ab. Der Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands nahm eine Entschliessung an, die in der Forderung an die Regierung gipfelt, einen solchen Schmach- und Schandfrieden niemals zu unterzeichnen. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in den verfassungsgebenden Versammlungen Deutschlands und Preußens haben gestern sich dahin geeinigt, daß das Friedensangebot unserer Feinde mit der Ehre des deutschen Volkes nicht vereinbar, völlig unerfüllbar und daher gänzlich unannehmbar sei. Stündlich mehrten sich die elementaren Volkskumbegungen gegen diesen Gewaltakt unserer Feinde.

Aufruf an die Sozialisten der Welt.

Berlin, 10. Mai. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich heute — ein letztes Mittel, von dem der Erfolg leider noch keineswegs sicher ist — mit einem Aufruf an die Sozialisten aller Länder. Der Aufruf führt aus, daß der Siegesfriede, der uns aufgezwungen werden soll, die deutsche Republik mitten ins Herz trifft, daß er den Keim zu neuen Kriegen in sich birgt, und daß er das Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft und die verschleierte Annexion des Saargebietes bedeutet. Dann ruft er die Sozialisten der anderen Länder direkt an. „Wied.“ so heißt es, „die sozialistische Internationale ihre Stimmen gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den siegreichen Ländern die Nachhader von heute sie auch hören müssen? Wir erwarten es; aber es ist höchste Zeit. Proletarier aller Länder, vereinigt eure Kraft, um einen Gewaltfrieden zu verhindern.“ Nicht ohne Bedeutung ist es, daß auch die „Freiheit“ heute in einem langen, noch durch eine illustrierende Karte vervollständigten Leitartikel die völlige Unmöglichkeit dieses Friedens ausführt.

Ausland.

Wien, 10. Mai. Die Staatsregierung Deutsch-Oesterreichs hielt gestern eine mehrstündige Sitzung ab, die sich mit der von der Entente mit Deutschland im Friedensvertrag ausgesprochenen politischen Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs befaßte. Zuverlässigen Bernehmungen zufolge hat sich die Regierung einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß an dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland unter allen Umständen festzuhalten sei.

Prag, 9. Mai. Alle tschechischen Blätter sind von dem Inhalt des Friedensvertrages sehr bestrebt. Selbst der sozialistische „Pravo Lidu“ äußert bloß, daß die Tschechen sich für die Zukunft damit abfinden müßten, nicht mehr das Volk zu sein, vor dem die Welt erzittert und daß es erst nach Ertrag der Kriegskosten über seine Arbeit frei verfügen dürfe!

Haag, 10. Mai. „Handelsblad“ schreibt zur Frage der Auslieferung des Deutschen Kaisers: Wir werden uns weigern müssen, einer eventuellen Forderung auf Auslieferung des Kaisers Folge zu leisten. Man wird uns nicht zwingen, aber man wird uns in jeder Weise den Kerker darüber fühlen lassen.

Kopenhagen, 8. Mai. Die dänische Regierungspresse veröffentlicht anlässlich der Entscheidung der Friedenskonferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt: Die Entscheidung der Friedenskonferenz bezüglich der Abstimmung von Südschweden hat hier großes Erstaunen hervorgerufen, da die Bestimmung, daß auch in der sogenannten dritten Zone, also in rein deutschen Gebieten, gemeindefeindliche Abstimmung abgehalten werden solle, steht in direktem Gegensatz zum klar eingenommenen Standpunkt des dänischen Reichstags, der dänischen Regierung und des nordisch-schwedischen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskonferenz müsse auf unterirdische Einflüsse seitens weniger Chauvinisten zurückzuführen werden. Er ist eine direkte Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und ein Bruch der Wilsonschen Idee. Es kann erwartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden.

Genf, 10. Mai. Wie französische Zeitungen melden, sind die englischen Dampfer „St. George“ und „St. David“ mit 2000 deutschen Kriegsgefangenen aus Southampton in Havre eingetroffen. Die Gefangenen werden nach dem nordfranzösischen Departement gebracht, um beim Wiederaufbau der Gebäude verwendet zu werden.

Paris, 10. Mai. Das Streikkommando des allgemeinen Arbeiterbundes wurde wegen Verbreitung eines Generalstreiks für Frankreich und Randgebiete gegen den Friedensvertrag der Alliierten in Haft genommen. „Humanite“ und „Populaire“ melden, daß am kommenden Dienstag in den Pariser Großbetrieben ein allgemeiner Streik beginnen würde. Die sozialistischen Blätter protestieren heftig gegen die Friedensbedingungen. Die „Humanite“ nennt den Friedensvertrag einen Vertrag der Gewalt, des gefährlichen Imperialismus und der Ungerechtigkeit. Die Klausel über das Saargebiet sei die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Die „Humanite“ fordert die Deutschen des Saargebietes auf, mit Heroismus der Gewalt Widerstand zu leisten, die jetzt gegen sie verübt wird. Sie sollten sich ihren nationalen Sinn erhalten und die französischen Sozialisten würden für sie eintreten, wie sie für alle unterdrückten Völker eingetreten sind. Ebenso schlimm sei die Wegnahme der deutschen Kolonien. Das völkerrreiche und arbeitssame Deutschland brauche Kolonien, wie jedes andere große Volk. Wilson habe den größten Fehler begangen, als er zustimmte, daß die Kolonien zum Vorteil der Sieger geraubt werden.

Versailles, 9. Mai. Die Blockadekommission der Entente wurde beauftragt, für den Fall, daß die deutsche Delegation die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigern sollte, Maßnahmen für eine vollkommene Isolierung Deutschlands auszuarbeiten. Vorläufig werden Deutschland gewisse finanzielle Erleichterungen bis zum Friedensschluß zugestanden.

Versailles, 9. Mai. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Broedorf-Kanzau eine Sitzung der gesamten deutschen Friedensdelegation einschließlich der Kommissare und Sachverständigen statt. Es wurden 5 Arbeitskommissionen gebildet, eine politische, eine wirtschaftliche, eine finanzielle, eine soziale und eine rechtspolitische Kommission. Die Auffassung geht übereinstimmend dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung mannehmbar ist. Einzelne Lasten wie die Internationalisierung von Elbe, Oder, Memel, Donau und allen ihren Nebenflüssen und das Recht, die Kanäle zu kontrollieren und den Bau von neuen zu verlangen, sind so unübersehbar in ihren Folgerungen, daß jede Stellungnahme erschwert wird.

Anzeigenpreis:
die einseitige Petitzeile
oder deren Raum 20 G.
außerhalb des Bezirkes
22 G. bei Anstufungsverteilung
durch die Geschäftsstelle
30 G. extra.
Reklame-Zeile 50 G.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Fälle des Mahnerfahrens
hinfallig wird.

Schluß der Anzeigen-
Annahme 4 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird
keinelei Gewähr übernommen.

zum
Ergebnis
zum Schluß

Verfaillies, 9. Mai. Wilson fährt am 1. Juni endgültig nach Washington zurück. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die Sonder-session des Kongresses, dem der Präsident eine Uebersicht der Arbeiten der Friedenskonferenz und des Standes des Völkerbundes geben wird. Wahrscheinlich wird Wilson eine Rundreise durch ganz Amerika antreten, die den Zweck verfolgen wird, die Annahme des Vertrages und des Völkerbundes durch den Senat zu beschleunigen.

London, 10. Mai. Frankreich wird 60 Prozent der von Deutschland zu entrichtenden Kriegsschadigungen erhalten. — Die „Times“ melden, daß es den Deutschen gestattet sein wird, in wirtschaftlichen Fragen schriftlich zu verhandeln. Bezüglich der Festsetzung der Grenzen sind Verhandlungen unmöglich. Die Festsetzung der Grenzen sei nicht mehr zu ändern.

New-York, 10. Mai. Der Senatsausschuß für auswärtiges nahm am Donnerstag den Friedensvertrag der Alliierten im Auszug zur Kenntnis und billigte einstimmig die Deutschland auferlegten Verpflichtungen.

Der Streit um den Raub.

Paris, 9. Mai. Die belgische Delegation übermittelte folgende Note: Die Zeitungen von Donnerstagmorgen melden, daß der Biererrat eine Entscheidung über die Zerteilung eines Mandats für die deutschen Kolonien getroffen habe. Der Rat hat die Uebertragung des Mandats für Deutsch-Ostafrika an Großbritannien verweigert. Die belgische Delegation kann nicht an die Wichtigkeit dieser Meldung glauben. Belgien habe großen Anteil genommen an den militärischen Operationen in Afrika und durch große Opfer zur Eroberung Deutsch-Ostafrikas beigetragen. Belgien verwalte auch seit einigen Jahren einen beträchtlichen Teil dieses Gebietes. Diese Lage verleihe ihm Rechte, über die es nicht durch Uebereinkommen bestimmen läßt. Dymans habe übrigens vor wenigen Tagen anlässlich der Regelung einer der Bestimmungen des Friedensvertrages an die Rechte Belgiens erinnert und es wurden ihm Zusicherungen gegeben, daß diese Rechte beachtet werden würden.

Amerikanische Blätterstimmen zum Friedensvertrag.

Amsterdam, 10. Mai. „Newyork Tribune“ gibt zu, daß die Macht der „Hunnen“ gebrochen ist. Die „Sun“ sagt, Deutschland ist vernichtet worden. „Newyork Herald“ ist der Meinung, daß Deutschland die Friedensbedingungen annehmen soll. Das ganze Gebilde des Militarismus, das Deutschland errichtet, sei nunmehr zusammengefallen. Verschiedene andere Blätter heben bei Besprechung der Friedensbedingungen hervor, daß England den Löwenanteil an den deutschen Kolonien erhalten werde. In offiziellen Kreisen ist man überzeugt, daß Deutschland sich weigern wird, den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Vom Evangelischen Oberkirchenrat ist am 9. Mai 1919 je eine ständige Lehrstelle in Baiersdorf O.-A. Schorndorf dem Unterlehrer Hermann Kicherer in Döbel O.-A. Neuenbürg, Löffelau O.-A. Neuenbürg unter Enthebung des Hauptlehrers Drump in Lendhiesel vom Antritt der Stelle dem Stellvertreter Friedrich Gaiser in Oberfisingen O.-A. Freudenstadt übertragen worden.

Neuenbürg, 12. Mai. Nach den politisch gewitterschwülen Tagen der vergangenen Woche tat es dem bedrückten Gemüt ordentlich wohl, einmal wieder andere Töne zu vernahmen, Töne, die andere Seiten im Menschenherz erklingen lassen als wie dies die Verkündigung des sog. Friedensvertrages der Entente zuwege brachte, Töne aus dem Reich der Musik und des Gesangs. Das Verdienst hieran gebührt Fräulein Julie Huber in Rotenbach, die mit ihren jungen und älteren Schülern und Schülerinnen unter Mitwirkung von Fräulein Helene Proemer (Sopran), Rotenbach und Hans Bronold (Violine) Wildbad, in einem 19 Nummern umfassenden Programm den trotz des ins Freie lodenden Wetters zahlreich zusammenströmenden Freunden von Musik und Gesang gestern nachmittag im Gasthof zum Bären einen wirklichen Oberschmaus bereitete. Es sind selbstverständlich keine Höchstleistungen, welche geboten wurden, waren es doch mit wenigen Ausnahmen Darbietungen von noch die Schulbank drückenden Kunstbesessenen im jugendlichen Alter, aber was dieselben, bald einzeln, bald zu zweien und im Quartett zu Gehör brachten, berührte außerordentlich wohlthuend und überraschend. Unverkennbar trat das Bestreben von Lehrerin und Schülern bzw. Schülerinnen zu Tage, in anerkanntem Wertem Wettstreit das Beste herzugeben, dessen sie fähig waren. Während der erste Teil des Programms in der Hauptsache mehr dem jugendlichen Alter der Vortragenden angepaßte Nummern umfaßte, brachte der zweite Teil die Fortgeschrittenen auf den Plan, so die Fräulein Hedwig Schumacher als würdige Partnerin von Fräulein Huber, Anna Aldinger-Schwann, Berta Klauer, Hanna Mang mit Marianne Mangold und Elisabeth Neeb. Sie boten Leistungen, die samt und soonders über dem Durchschnittswert stehen. In Hans Bronold, dem erst fünfzehnjährigen, lernten wir einen begabten Violinkünstler kennen, der seinem Instrument in anerkanntem Wertem Technik und gewandter Bogenführung wunderbare Töne zu entlocken verstand. Auf dem Gebiete des Gesanges brachte Fräulein Proemer in drei Nummern ihren wohlklingenden Sopran zur Geltung; sie sang sich mit Glück und Geschick in die Herzen der Zuhörer hinein; die ihr überreichte Blumenspende war eine wohlverdiente. Der allen Mitwirkenden gespendete Beifall mag denselben ein Ansporn sein, in ihrem Streben nach weiterer Vervollkommnung nicht Halt zu machen; ihnen Allen sei auch an dieser Stelle für die Bereitwilligkeit, womit sie ihre Kunst in den Dienst einer gemeinnützigen Sache, zu Gunsten des „Kriegerdanks“, stellten, Dank gesagt. Der Dank für die Veranstalterin, Fräulein Huber, kam in der Ueberreichung eines prächtigen Blumenstraußes durch eine Schülerin zum Ausdruck. Wie wir hören, soll auch das finanzielle gezeigte Erwartungen entsprechen. Eine Bitte möchte bei künftigen Veranstaltungen mehr

Ruhe herrschen; man ist diese Rücksicht nicht nur den übrigen Zuhörern, sondern auch den Mitwirkenden schuldig, welche durch emsiges Wirken schon lange vorher bemüht sind, ihren Teil zu einem günstigen Verlauf beizutragen.

Neuenbürg, 12. Mai. Zu einer Begräbnisfeier der ausmarschierten Kameraden hatte die Freie Feuerwehr ihre Mitglieder nebst Angehörigen sowie Gönner und Freunde der Feuerwehr in den Gasthof zum Bären eingeladen, welchem zahlreiche Folge geleistet wurde; auch Stadtschultheiß Knobel beehrte durch seine Anwesenheit Interesse für die Bestrebungen des Korps. In seiner Ansprache entbot Kommandant Fehrenbach den Ausmarschierten, 84 an der Zahl, ein herzliches „Grüß Gott“. Sie hätten, führte er aus, während mehr denn 4 Jahren dieses blutigen Völkerringens nicht nur die Grenzen unseres Vaterlandes geschützt, sondern seien auch, man möchte fast sagen allzumeist, in die feindlichen Länder eingedrungen. Noch nie sei das altbekannte Turnerlied „O Deutschland hoch in Ehren“ so viel und mit größerer Begeisterung gesungen worden wie in den Jahren 1914, 1915 und 1916. Unsere Truppen hätten bewiesen, daß ihnen das Vaterland ans Herz gewachsen ist und in Ost und West, in Süd und Nord Schlachten geschlagen und Heldentaten verrichtet, die einzig in der Geschichte dastehen. Noch heute müsse man sich fragen, woher diese Begeisterung gekommen sei bei unseren ausmarschierten Truppen, haben sie doch vor dem Kriege den verschiedensten Parteien angehört und waren einander mehr denn einmal in den Säuren gelegen. Die Antwort müsse lauten: Es war die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes, die in der Stunde der Gefahr einfiel; ein jeder Stand, gleichviel ob Hoch oder Nieder, nahm an den Geschicknissen regsten Anteil, überall sah man offene Hände, ein jeder wollte sein Möglichstes dazu beitragen, den Krieg zu einem würdigen Abschluß zu bringen. Wäre diese Einmütigkeit nicht gelockert worden, dann könnten wir getrost in die Zukunft blicken als dies heute der Fall sei. Wer war es, der die Einmütigkeit des deutschen Volkes lockerte? Es waren zwei Bestien, die in Gestalt von Vuchserern und Großhämflern ihr Unwesen trieben. Ihnen sei die Liebe zum Vaterlande fremd geworden. Diese Bestien im Verein mit so mancherlei unliebsamen Erscheinungen waren es, welche die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes untergruben, sie seien schuldig, daß unsere tapferen Truppen um den verdienten Siegeslohn kamen. Umso mehr aber wollen wir heute die großen Leistungen unserer Ausmarschierten würdigen. Die von patriotischem Geiste und warmer Vaterlandsliebe durchwehte Ansprache klang aus in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Ausmarschierten. Im Anschluß daran gedachte der Kommandant ganz besonders derjenigen Kameraden, welche die heimatische Scholle nicht mehr betreten durften. 14 pflichttreue Kameraden betrannere das Korps, ihnen war es nicht mehr vergönnt, uns zum Willkommgruß die Hand zu bieten, den ihnen so lieb gewordenen Dienst in der Feuerwehr weiter zu führen. Es war uns auch nicht mehr vergönnt, sie wie üblich zur letzten Ruhe zu geleiten, fern der Heimat ruhen sie in fremder Erde; umso mehr wollen wir ihnen allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Dies geschah in der üblichen Form. Den Dank der Ausmarschierten für den entbotenen Willkomm und die ehrenden Worte brachte Adjutant Ruff zum Ausdruck. Im Laufe des Abends gedachte Kommandant Fehrenbach der mannigfachen Verdienste von Ehrenkommandant Vogt um das Feuerwehrwesen in der Stadt Neuenbürg. Gelegentlich seines 1913 erfolgten Rücktritts habe die Generalversammlung ihn einstimmig zum Ehrenkommandanten ernannt. Die Ueberweisung einer Ehrenurkunde sei durch verschiedene Umstände verzögert worden; dies sollte heute erfolgen, sei aber infolge dessen Nichtanwesenheit, deren Grund nur darin erblickt werden könne, daß die Trauer um seinen für das Vaterland gefallenen Sohn ihn davon abhielt, der an ihn ergangenen Einladung Folge zu leisten, nicht möglich. Die künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde wird Ehrenkommandant Vogt durch eine Abordnung überreicht werden. Die Feier wurde verschönt durch Vorträge eines Doppelquartetts, Solis von Kamerad Haist, der als Held des hohen C seinen prächtigen Tenor wiederholt erklingen ließ und komische Vorträge von Kamerad Bauer. Ganz besonders verdienen aber dankend hervorgehoben zu werden die überraschenden Leistungen der Korpsmusik, welche nach fleißigem Ueben unter Leitung von Kamerad Schäfer manch hübsche Probe ihres musikalischen Könnens zum besten gab und damit wesentlich zum Gelingen des Abends beitrug.

Neuenbürg, 12. Mai. Einem Bezirksblatt des Landes wurde zur Aufnahme in den Anzeigenteil ein „Ausruf an die Geschäftshalter“ zugesandt, in dem aufgefordert wurde, die Circulation einzustellen, wenn nicht ein Preis von 35 Pfg. bewilligt werde. Ein derartiger Ausruf stellt sich als eine vorläufige Aufforderung zu einer nach § 1, Abs. 1, Nr. 5 der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preistreiber strafbare Handlung dar und ist daher nach § 1, Abs. 1, Nr. 7 a. a. O. mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Birkenfeld, 12. Mai. Bei der gestrigen Ortsvorsteherwahl in Wiernsheim, O.A. Maulbronn, erhielt Emil Raute, Bero-Kandidat von Taifingen, O.A. Balingen (früher hier), unter 5 Bewerbern, von welchen 3 ausschieden, 257 Stimmen; auf seinen Gegenkandidaten, Oberamtsassistent Höhn in Maulbronn, entfielen 200 Stimmen. Die Zahl der Abstimmanden betrug 457.

Calw, 11. Mai. Die Landjäger von Liebenzell und Unterreichenbach haben bei einer Nachschweife ein Fährwerk angehalten, das nach Forzheim fahren wollte. Beschlagnahmt wurde das Fleisch von zwei Schweinen, einem Kalb und einem Hammel.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Mai. Der Milchpreisausschlag auf 50 Pfennig Erzeugerpreis ist eine unabwendbare Tatsache

geworden. Es ist zu bedauern, daß jetzt wieder eine so starke Preissteigerung eintritt. Die Bemühungen zur Verbeiführung einer Verständigung zwischen den Interessenten haben, wie die Schwäb. Tagwacht schreibt, zur vollen Erfüllung der Forderungen der Produzenten geführt. Das Ernährungsministerium hat im Laufe der Woche die beteiligten Kreise gehört. Zunächst die Konsumenten. Von wurde, in teils recht temperamentvoller Art, vor allem Sicherung der Liefermenge verlangt. Beinahe alle Industriegemeinden leiden unter dem chronischen Milchmangel. Bei den Verhandlungen mit den Fraktionen verteidigte der Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie den Standpunkt der Konsumenten. Ein Arbeitgebervertreter des Zentrums anerkannte einen Stallpreis von 45 Pfennig. Die volle Anerkennung der Produzentenforderung erfolgte schließlich durch die Vertretung der U. S. P. In Stuttgart, Göttingen und in den Industriegemeinden des Landes wird damit der Preis ins Haus auf etwa 60 Pfennig das Liter kommen. Die Folgen künden sich bereits an. Der Fleischpreis soll um 30 Prozent erhöht werden.

Kottenburg, 10. Mai. In Remingsheim kam es bei der Getreideaufnahme zum offenen Aufruhr. Die Beamten und die Soldaten der Sicherheitskompanie wurden blutig geschlagen und aus dem Ort hinausgedrängt. Dabei sollen die beiden Parteien, die sich sonst immer feindselig gegenüberstanden, zusammengewirkt haben.

Marbach, 10. Febr. An Schillers Todestag erinnerte die Schillerglocke „Konkordia“ durch ihren ehernen Mund. Von 1/7 bis 7 Uhr und von 1/11 bis 11 Uhr erklang ihr feierliches Geläute. Als sie das letztemal zum Gedächtnis unseres großen Sohnes (10. November) erklang, hielt die Revolution in Deutschland ihren Einzug und heute wird über das Schicksal unseres Vaterlandes in Versailles entschieden.

Gmünd, 10. Mai. In der Meldung, daß das Wärschschloß bei Wärschbeuren, die angebliche Wiege der Hohenzauern, von einem Kriegsbeschädigten aufgekauft und zu einer Kammerzucht eingerichtet werden soll, erfahren wir von zuständiger Seite, daß das Kaufgeschick mit Ermächtigung des Finanzministeriums von der Bau- und Bergdirektion abschlägig beschieden worden ist. Es besteht die Absicht, das Wärschschloß, das als bedeutungsvolles geschichtliches Baudenkmal in weiten Kreisen bekannt ist, in seinem gegenwärtigen Zustande dem Staatsbesitz zu erhalten.

Ulm, 10. Mai. In einem hiesigen Hotel sind zwei Gelbaukäufer festgenommen worden. Sie hatten es hauptsächlich auf Gold- und Silbergeld abgesehen, für das sie bedeutende Beträge über den Nennwert bezahlten, um es an eine Firma nach Forzheim abzuliefern. Für 400 Franken in Gold bezahlten sie über 1700 Mk. Der Hauptkäufer ist der hier wohnhafte Kaufmann Eugen Jaudas. — Gestern wurden an der städt. Vadeanstalt auf dem bayerischen Domanger die Kleider der Frau eines Neu-Ulmer Beamten gefunden, die, wie man annimmt, den Tod gesucht hat, weil sie von ihrem Mann auf unredlichen Wegen ertappt wurde.

Friedrichshafen, 11. Mai. Infolge der Friedensbedingung ist der Markkurs in der Schweiz innerhalb zwei Tagen von 45 auf 37 gesunken.

Vermischtes.

Amerikanische Rekordweizenernte in Sicht. Nach einer Meldung aus Washington erwartet man dieses Jahr in den Vereinigten Staaten, wenn kein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, eine Weizenernte von 27 Millionen Tonnen, ungefähr 33 Prozent mehr, als im Rekordjahr 1914. (Zum Vergleich sei angeführt, daß die deutsche Gesamternte an Roggen und Weizen im letzten Friedensjahr, das auch sehr günstige Erträge brachte, 14,4 Millionen Tonnen betrug. Schriftl.)

Nur 1290 Prozent! Die Franzosen lassen sich von den deutschen Vertretern in Versailles, auch von Journalisten für Wohnung und Verpflegung pro Tag und Person 10 Franken, also etwa 230 bis 250 Mk. bezahlen. Allein die Zimmer kostet für jeden Tag 35 Franken, oder mehr als 100 Mk. Jeden Bissen und jeden Schluck außerhalb der üblichen Mahlzeiten berechnet man uns extra. Und weil für zwei Eier, für die am ersten Tage noch 2 Franken gefordert wurden, verlangt man heute schon 4 1/2 Franken, also etwa 11 bis 12 Mark! Dabei stehen im anliegenden Gemüseladen Eier zu 35 Centimes das Stück zur Schau! Die Franzosen „begnügen“ sich demnach mit einem Aufschlag von 1290 Prozent. Für eine Zigarette werden nicht weniger als 5 Franken oder etwa 14—15 Mk. gefordert, für eine Tasse Kaffee 3—4 Mk. Ein Viktor kostet 8—9 Mk., eine Flasche Mineralwasser 4—5 Mk., eine Zeitungsnummer bis zu 1 Mk., illustrierte Blätter 4—5 Mk. die Nummer. Die Tagesausgabe stellt sich also für den nötigsten Bedarf gut und gern auf 300 Mk. Jedenfalls endet der nationale Stolz der Franzosen dort, wo der Geldbeutel anfängt!

Literarisches.

Schöpfer, Otto: Neue Ansichtskarte des Höhenluftorts Döbel im Selbstverlag. Hauptlehrer O. Schöpfer in Döbel, vorteilhaft bekannt durch seine künstlerischen Skizzen aus der Kriegszeit (veröffentlicht im Bilderblatt des Stuttg. N. Tagblatts), hat eine Zeichnung im Vierfarbendruck als Ansichtskarte herausgegeben, die sich vermöge ihrer feinsinnigen, eigenartigen Durchführung weit über das gewöhnlich Gebotene erhebt. Wir sehen von Süden her Nat., Schul- und Pfarrhaus, Kirche und Hotel z. Sonne. Die anmutige Aufnahme sei Sammlern und allen Besuchern der idyllischen Berggemeinde warm empfohlen. △

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Mai. Das Kriegsministerium teilt mit: In München tritt allmählich wieder Ordnung und Ruhe ein. Vom 11. ds. Mt. ab wird der bayerische General von Möhl den Befehl über alle bayrischen Truppen in der Stadt übernehmen. Die Truppen des Detachements

...werden noch heute befördert, so daß bis 12. ds. Mts. alle Teile zum Abtransport gelangen, falls nicht durch die schlechte Rohstofflage noch eine Verzögerung eintritt. Die freiwillige Abstellung von 2000 Mann, wie die anderen Reichstruppen, in die Gegend um München verlegt.

Stuttgart, 10. Mai. Wie die Generaldirektion der Staatsbahnen mitteilt, werden von Montag den 12. Mai an die D-Züge D 147 Stuttgart—Crailsheim—Nürnberg und D 148 Nürnberg—Crailsheim—Stuttgart mit Anschluß in Nürnberg von und nach Berlin wieder täglich verkehren.

Stuttgart, 10. Mai. Laut Beschluß des Staatsministeriums ergeht folgende Verfügung des Staatsministeriums des Innern: betr. die Nationaltrauer: Mit der Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, ist bitterste Enttäuschung und unläßliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diese Gefühle aller Deutschen drängen nach öffentlicher Betäubung. Einer Anregung der Reichsregierung entsprechend und in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Staatsministeriums wird angeordnet: daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten einschließlich der Darbietungen in Kabarettis und Varietés zu unterbleiben haben und daß in stehenden Theatern und Schauspielhäusern in der genannten Zeit nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen dürfen, die dem Ernste dieser schweren Zeit entsprechen.

Stuttgart, 11. Mai. Die Staatsregierung bereitet eine öffentliche Aufforderung vor, das gesamte württembergische Volk möge sich in dieser Woche zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden vereinigen.

Stuttgart, 11. Mai. Auf Veranlassung der Stuttgarter Handelskammer, zahlreicher württembergischer Industrieller und Politiker fand hier eine Versammlung der Bevölkerung gegen die Losrennung unseeres Saargebietes und Rheinpfalz statt, die einstimmig für einen Zusammenstoß Württembergs, Badens und der Pfalz zu einem selbstständigen Großstaat eintraten.

Karlsruhe, 10. Mai. In einer Sitzung des Ministeriums wurde gestern beschlossen, daß Baden sich der Verfügung des Reichsministeriums hinsichtlich der Einstellung in Lustbarkeiten vollinhaltlich anschließen solle. Das Verbot wußte vom 10. bis einschließlich 17. Mai alle öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere Konzerte in Wirtschaften und Kaffees (Konzertunterhaltungen öffentlicher und geschlossener Gesellschaften einschließlich Konzerten), Aufführungen in Theatern, auch Lichtspieltheatern, die dem Ernste dieser schweren Zeit entsprechen, sind zugelassen.

Freiburg, 10. Mai. Der Präsident des badischen Landtages Abg. Kopf richtete folgendes Telegramm an Staatsminister Geis-Karlsruhe: „Der Protest des badischen Staatsministeriums gegen die unentgeltlichen und unaufrichtbaren Friedensbedingungen der feindlichen Mächte, besonders gegen die weitere Besetzung von Reil durch die Franzosen, begegnet einmütiger Zustimmung der badischen Volksvertretung. Das ganze badische Volk erwartet von der Reichsregierung entschiedene Stellungnahme gegen die hoheitsverletzenden feindlichen Verordnungspläne. Kopf, Präsident des Landtages.“

Speyer, 10. Mai. Hier erheben sich scharfe Proteste. Auf die Bevölkerung im Rheinland haben der „Voss. Zig.“ zufolge, die Friedensbedingungen niederschmetternd gewirkt. Man sei einzig in dem Willen, in Zukunft, bringe sie was sie wolle, trenn zum Reiche zu stehen.

Leipzig, 11. Mai. Heute früh sind Regierungstruppen unter General Rexter von vier Seiten her in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. In Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Berlin, 10. Mai. Nach heute eingegangener Mitteilung aus dem Haag trafen am 10. Mai abends in Rotterdam 1473 Südwestafrikaner, darunter der Gouverneur mit 67 Offiziere, 43 Frauen, 44 Kinder, 1317 Mann, ein. Der Transport wird über Wesel nach dem Durchgangslager Münster geleitet und von dort in die Heimat entlassen werden.

Berlin, 10. Mai. Wie die „Deutsche Zeitung“ zu wissen glaubt, hat die Reichsregierung nach langer Kabinetsberatung unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert, den Grafen Brodorsky-Kanhan telegraphisch angewiesen, gegen die Friedensbedingungen der Entente als völlig unannehmbar und unentgeltlich aufs schärfste Verwahrung einzulegen.

Berlin, 12. Mai. Die Reichsregierung hat für heute Mittag, den 12. Mai, mittags 1 Uhr den Staatsauschuss nach Berlin berufen.

Wien, 12. Mai. Vier fanden gestern stürmische Kundgebungen für den Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes und für das Festhalten am Selbstbestimmungsrecht des Ostreiches statt.

Basel, 10. Mai. Der „Secolo“ meldet aus Konstantinopel: In Erwartung des Verlustes Konstantinopels durch den Friedensschluß hat die Uebersiedelung der türkischen Behörden nach Schmid und Brussa in Kleinasien begonnen.

Rotterdam, 11. Mai. Nach einer drahtlosen Meldung aus Washington erfährt die United Press aus guter Quelle, daß Wilson nicht vor Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Amerika zurückkehren wird. Er wird mit der Zeit oder telegraphisch die Botschaft an den Kongress senden, wenn er die verschiedenen Fragen ansprechen wird, aber die im Kongress in erster Linie beraten muß. Der Friedensvertrag und der Vorschlag zu einem Bündnis zwischen Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien wird dem Kongress vorgelegt werden, nachdem Deutschland unterzeichnet hat.

Rotterdam, 11. Mai. Die radikale englische Wochenzeitung „Nation“ übt eine äußerst strenge Kritik an den Friedensbedingungen. Das Blatt schreibt, die Vollständigkeit des Sieges habe einen guten Frieden unmöglich gemacht, er den kurzfristigen und am meisten nachgiebigen Elementen in allen siegreichen Ländern die Möglichkeit einer

sofortigen Befriedigung ihrer Leidenschaften geboten habe. Der Friede enthalte eine Zahl wesentlicher Fehler, die durch die schwachen Vorwände, die zur Verhinderung der Annexionen gebraucht wurden, noch verschlimmert würden. — Auch die Wochenchrift „News Statemen“ verurteilt, daß die durch Deutschland zu leistenden Zahlungen 30 Jahre lang dauern sollen und die Befahrung 15 Jahre. Außerdem verurteilt das Blatt die Regelung bezüglich des Saarbezirks, der Stadt Danzig und Ostpreußens. Man solle nicht annehmen, daß ein Vertrag mit solchen Bedingungen zu einer dauernden Schlichtung führen könne.

Paris, 10. Mai. Der „Intransigeant“ spricht die auch in anderen französischen Blättern enthaltene Befürchtung aus, daß die Franzosen allein die Okkupationsarmee zu stellen haben würden, da die Amerikaner die Absicht hätten, ihre Truppen sämtlich alsbald in die Heimat zurückzunehmen.

Versailles, 12. Mai. In der französischen Presse ist größer als die Angst vor den zu günstigen Bedingungen die Furcht vor den jetzt kommenden Wochen. Die Tatsachen, daß Deutschland von der Frist zur Einreichung von Gegenvorschlägen Gebrauch machen wird, kommt der öffentlichen Meinung ungelogen. Die Kräfte der diplomatischen deutschen Abordnung haben eine Vermehrung erfahren. Graf Oberndorf bleibe dort zur Verfügung. Neu angekommen sei ferner Legationsrat Schubert, früher an der Berner Gesandtschaft. Dann heißt es, eine längere Dauer der Verhandlungen sei in Sicht und schein auch der Ententepresse unvermeidbar.

Versailles, 10. Mai. Die Meinungen über die Frage: was nun? gehen weit auseinander. Doch Einigkeit herrscht über die Unmöglichkeit der Annahme der Bedingungen in dieser Form. Ein Mitglied der Finanzkommission steht in diesem Entwurf deutlich die Linie, Deutschland zu einem Agrarstaat herabzudrücken. Der Neidgegenwart des Krieges sei England. Was eigentlich aus den 15 Millionen Arbeitslosen werden solle, habe dabei niemand gekümmert.

Der Gewerkschaftsführer Legien sieht seine Anwesenheit als gänzlich anlos an, nachdem Deutschland durch Ausschluß aus dem Völkerbund jede Einwirkung auf soziale Fragen genommen sei.

Die französische Presse legt die deutschen Blätterstimmen gegen die militärischen Bedingungen als neue Offensivabsichten aus. Das amerikanische Blatt „The Sun“ findet den Frieden ungerecht und unmöglich. Schon mueret auch Frankreichs Arbeiterchaft. Nervös mahnt Masban im „Intransigeant“, nur noch 2 Wochen einig zu bleiben, es gebe um Frankreichs Lebensinteressen. Die Blätter wittern Morgendämmerung.

London, 10. Mai. Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die verhältnismäßig keine Aenderung in der Karte Deutschlands sei in Wirtschaftlich gewaltig. Die ganze wirtschaftliche Struktur werde dadurch verändert. Die Alliierten müssen bedenken, daß sie die Schadensergänzungen nicht vom alten Deutschland erhalten, sondern von dem Deutschland, das seiner wichtigsten Hilfsquellen beraubt ist. Die Alliierten müssen zeigen, daß unter dem Völkerbund der Grundfah des freien Zuganges zu den mineralischen Hilfsquellen in jedem Gebiet Europas auf alle Völker angewandt wird. Deutschland werde geltend machen, daß es in seiner veränderten Lage keine Schadensergänzungen zahlen kann.

London, 11. Mai. Reuters meldet: Die „National News“ melden aus dem Haag, daß die holländische Regierung beschlossen habe, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern. (Man beachte die Quelle, aus der die Meldung stammt. Schriftl.)

Peking, 10. Mai. China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte an Schantung zugest, nicht zu unterzeichnen.

Protestkundgebungen gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 12. Mai. Eine riesenkundgebung gegen den uns angebotenen Gewaltfrieden, die mit einem tausendstimmigen Heil der Versammelten endete, hatte gestern über 6000 Bürger und Bürgerinnen von Charlottenburg vereinigt, die auf den gemeinsamen Ruf der Deutsch-Nationalen Partei und der Deutschen Volkspartei gekommen waren. Der frühere Staatsminister Linke kennzeichnete die Friedensbedingungen als von beispielloser Grausamkeit erfüllt. D. Traud warnte vor Schimpfen und Beschrei, wenn keine Tat dahinterstehe. Mit großer Schärfe hielt er der Behauptung „Wir müssen ja sagen, wenn wir nicht verhungern wollen“, die andere entgegen: „Wir verhungern dann, wenn wir den Frieden annehmen“.

Die Deutsch-demokratische Partei veranstaltete gestern nachmittag eine Protestversammlung auf dem Tempelhofer Feld. Es wurde der von der Deutsch-demokratischen Fraktion der Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung veröffentlichten Entschlieung zugestimmt. Am Abend waren auf Einladung der Deutsch-Nationalen Volkspartei viele Tausende in der Philharmonie versammelt, um gegen die schwachvollen Friedensbedingungen Stellung zu nehmen.

Von 4000 Mitgliedern besucht, nahm die Hauptversammlung des Deutschen Beamtenbundes einen Protest gegen den Gewaltfrieden an.

Die Erregung in der Stadt Königsberg und in der Provinz Ostpreußen ist aufs höchste gestiegen. Man forderte Waffen in Ostpreußen. Auch in Danzig erging der Ruf zu den Waffen.

Schlechter Trost.

Berlin, 15. Mai. Laut „Vorwärts“ ist der Gesamteindruck aus den bisherigen Äußerungen der französischen sozialistischen Presse ungefähr der: Der Vertragsentwurf ist eine Schande, doch wir können vorläufig nichts tun. Dieser Frieden wird sich schon wegen seiner eigenen Maßlosigkeit als undurchführbar erweisen. Deutschland soll ihn unterzeichnen; der internationale Sozialismus wird ihn vernichten.

Unsere Stunde.

Berlin, 10. Mai. Unter der Ueberschrift: „Die Stunde ist gekommen!“ schreibt Chefredakteur Stampfer im „Vorwärts“, nachdem er soeben aus Versailles zurückgekehrt ist, u. a.: Unterzeichnen wir nicht, so stehen wir vor einem kürzeren Kampfe, der uns Untergang oder Rettung bringen muß. Der Gegner wird versuchen, einzelne Teile Deutschlands zu besetzen und den Rest durch Hunger zur Uebergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun. Er soll sich genötigt sehen, ganz Deutschland zu besetzen und es zur Kolonie seines sogenannten Völkerbundes machen. Er wird alsdann zusehen, wie lange seine äußere und innere Geschlossenheit vorhält. Und wenn es Jahre dauert: wir dürfen nicht weich werden. Wir haben bis zum 21. Mai Zeit, unsere schriftlichen Einwendungen vorzubringen. Wir werden nach Ablauf dieser Frist als Volk durch unsere Delegation und unsere Regierung sagen, was wir zu tun gedenken. Juvor aber soll keine Macht der Welt unsere Lippen öffnen. Das gilt für uns als Ganzes. Aber dem Einzelnen ist erlaubt, jetzt schon den verantwortlichen Männern zuzurufen: Unterzeichnet nicht! und seinen Volksgenossen zu sagen: haltet Euch bereit, das Schwerste zu ertragen! das je einem Volke beschieden war. Mit aufatmender Hoffnung werden alle unterdrückten Völker und Klassen der Welt vernahmen, daß das deutsche Volk als Mitkämpfer in ihre Reihen getreten ist. Es wird kein kurzer und kein leichter Kampf sein. Glaubt nicht an Wunder. Verlaßt Euch nicht auf die Hilfe der französischen Sozialisten, die sich in entscheidender Stunde: weder groß noch stark gezeigt haben. Es bedarf noch mehr als eines Tropfen, um den Kelch zum Ueberlaufen zu bringen; aber die Tropfen fallen beständig. Wartet nicht kleinmütig, wenn der erhoffte Erfolg auf sich warten läßt, sondern verharret in unerschütterlicher Geduld und unerschütterlicher Zuversicht: dann wird unsere Stunde kommen.

Eine Note Clemenceaus an Graf Brodorsky-Kanhan.

Versailles, 10. Mai. Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, die die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Verantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festlegung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundfahen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrechtzuerhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie usw.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarungen vom 5. Oktober bis 5. November vorigen Jahres. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckexemplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesen Bund nicht übersehen, sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie usw.

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, der sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesfassung als Teil des Gesamtvertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches noch als eingeladenes Mitglied dem Bunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.



Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäter“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betreffend die Aufnahme von Böglingen in die Ackerbauschulen.

Am 1. Oktober d. J. wird eine Anzahl von Böglingen in die Ackerbauschulen zu Hohenheim, Kirchberg-Elwangen und Ochsenhausen aufgenommen. Es werden daher diejenigen Jünglinge, welche in die eine oder andere Ackerbauschule einzutreten wünschen, aufgefordert, sich spätestens bis zum 25. Juni d. J. je bei dem betreffenden Schulvorstand zu melden. Die Aufzunehmenden sollen das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben. Auch jüngere Bewerber können ausnahmsweise aufgenommen werden. Die Aufzunehmenden müssen vollkommen gesund, für anhaltende Feldarbeiten körperlich erkrankt und mit den gewöhnlichen landw. Arbeiten bekannt sein, die Kenntnisse eines guten Volksschülers und die Fähigkeit besitzen, einen einfachen Vortrag über Landwirtschaft und deren Hilfsfächer aufzufassen. Kost, Wohnung und Unterricht erhalten die Böglinge für die von ihnen zu leistenden Arbeiten, woneben sie nach Maßgabe ihrer Leistungen und ihres Verhaltens je am Schluss des Schuljahres noch mit besonderen Geldbeiträgen bedacht werden können. Etwasigen Bedürftigen kann außerdem eine Unterstützung in Aussicht gestellt werden.

Mit dem Eintritt in die Schule ist die Verpflichtung zu übernehmen, den vorgeschriebenen zweijährigen Lehrgang durchzuführen.

Den Eingaben, in welchen die bisherige Laufbahn des Bewerbers darzulegen ist, müssen ein Geburtschein, Impfchein, ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers, das sich auch über etwaige frühere, der Aufnahme hinderliche Erkrankungen des Gesuchstellers zu äußern hätte, ein Staatsangehörigkeitsausweis, ein Zeugnis des Gemeinderats über den Leumund desselben, über den Stand und den etwaigen Grundbesitz des Vaters und das dem Bewerber etwa von seinen Eltern anfallende Vermögen, sowie eine schriftliche Einwilligung des Vaters bezw. Vormunds zum Besuche der Ackerbauschule beiliegen.

Die Bewerber, welche nicht durch besonderen Erlaß zurückgewiesen werden, haben sich am Montag, den 14. Juli d. J., morgens 7 Uhr, zur Ersetzung einer Vorprüfung in Hohenheim einzufinden.

Stuttgart, den 19. April 1919. Sting.

Gemeinde Calmbach.

Nach der Verfügung des Württ. Kriegsministeriums vom 6. 2. 19 erhalten **Entlassungsanträge**, sofern sie bedürftig und deshalb nicht in der Lage sind, sich einen Anzug zu beschaffen:

- a) Kriegsinvaliden des Mannschafstandes, welche 50% und mehr erwerbsunfähig sind und am 1. April 1918 oder später entlassen worden sind.
- b) Alle am 1. Juli 1918 oder später entlassene Mannschaften, sofern sie länger als 6 Monate gedient haben und im Felde waren.

Personen der genannten Art, welche einen Entlassungsantrag wünschen, haben sich bis **Mittwoch abend** auf dem Schultheißenamt zu melden.

Calmbach, 10. Mai 1919. Schultheißenamt. Dörnte.

Freie Schreiner-Innung des Bezirks Neuenbürg.

Den verehrl. Mitgliedern zur Kenntnis, daß mir von der Handwerker-Wirtschaftsstelle Neutlingen **60 kg Leim** zugesandt wurden, der an die Mitglieder, speziell an die ausmarschirt gewesenen Kollegen verteilt werden soll, das Pfund zu M. 2.20. Der Leim ist umgehend abzuholen.

Obermeister Ferencbach.

Holz-Verkauf.

Unterzeichneter verkauft im Distrikt Buchberg am **Donnerstag, den 15. Mai d. J., nachm. 2 Uhr, im „Waldhorn“ in Raiblach**



Buchen-Langholz: 61 Stück mit 42,82 Festm., mittlerer Durchmesser von 30-64 cm, Nr. 1-61.
Tannen-Langholz: 47 Stück mit 14,20 Festm. Nr. 1-47.

buchene Scheiter 132 Rm., Prügel 6 Rm., zus. 138 Rm., tannenes Nischholz 20 Rm.

Wüzburg, den 8. Mai 1919.

Michael Luz, Alt-Schulze.

Hohes, sicheres Einkommen

kann sich Kaufmann, Mechaniker oder Schlosser, der über 12-15000 Mark verfügt und mit der Landwirtsch. umzugehen versteht, durch Übernahme der Vertretung von erstklassigen landwirtschaftlichen Maschinen, die im Bezirk bereits gut eingeführt und bekannt sind, sichern.

Angebote erbeten unter S. J. 7000 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

An die Hh. Geistlichen u. Kirchengemeinderäte!

Für die **Wahlen zur Landeskirchenversammlung** erbitet sich Bestellungen auf

Stimmzettel und Bewerberlisten

C. Meeh'sche Buchdruckerei :: Inh. D. Strom.

Neuenbürg, den 10. Mai 1919.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß mein innigstgeliebter, unvergesslicher Mann, der treubesorgte Vater seines Kindes, unser guter Sohn, Bruder und Schwager

Emil Haist

nach längerem, schweren Leiden im Alter von 27 Jahren heute mittag 11 1/2 Uhr unerwartet rasch sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Frau **Emma Haist**, geb. Wacker, mit Kind.
- Frau **Marie Haist**, Flaschners-Witwe, und Kinder.
- Familie Wilh. Wacker**, Witwe.

Beerdigung: Dienstag, den 13. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Bernbach, 12. Mai 1919.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Hermine Kull,

geb. Heiner,

im Alter von 57 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitte!

Schultheiß Kull und Kinder.

Beerdigung: Dienstag, 13. Mai, nachm. 2 Uhr.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir bei dem schmerzlichen Verlust meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Heinrich Gräßle

Fuhrmann

erfahren durften, sagen wir herzlich Dank; besonderen Dank für die zahlreiche Begleitung und die ehrenden Worte seitens des Militärvereins.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Die Gattin: **Berta Gräßle**, geb. Komoser.
- Der Sohn: **Karl Gräßle** m. Frau **Marie**, geb. Laistner.
- Die Tochter: **Marie**.

Herrenalb-Rullenmühle, den 7. Mai 1919.

H. Maier, Heilkundiger, Pforzheim, Oestliche 51

behandelt nach eigenem Verfahren mit gutem Erfolg Kropf, Brüche, Darlechte, Hämorrhoiden, Malaria, Bleichsucht, Weißfluß, Unterleibsleiden, Blut-Erkrankungen u. s. f.

Sprechstunden:

Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, vorm. 10-1 Uhr, nachmittags 4-6 Uhr.

„Uricil“ Heilmittel bei Rheuma und Gelenkschmerzen, Gicht, Hämorrhoiden, Nervenkrankheiten, Preis M. 2.20. Verkaufsstellen: Drogerie Dreiling, Schwabmühl; Neuenbürg Apothek. oder gegen Nachnahme von Dr. Chem. Fabrik P. Phil. Schneider, Pforzheim, Westl. 188.

Schwann, Guterhaltenes

Fahrrad

mit Gummi hat zu verkaufen Ernst Bäuerle b. Dirsch.

Eine 14stufige

Treppe

zu verkaufen

C. Meeh,

alt Buchdruckereibesitzer.

Forsamt Liebenzell. Nadelstamm-Holz-Verkauf.

Am Montag, den 19. ds. Mts., nachm. 1/2 1 Uhr, werden im Gasthof zum „Hirsch“ in Liebenzell aus Staatswald sämtlicher Gärten im Aufstreich verkauft: 1) **Forschen**: 343 Stück mit Fm. Normal und Ausschlag: Langholz: 71 II., 102 III., 71 IV. und 29 V. R. Sägholz: 3 I., 7 II. und 1 III. R. 2) **199 Fichten**, 980 Tannen, 2 Forschen mit Fm. Normal und Ausschlag: Langholz: 84 I., 230 II., 282 III., 173 IV., 125 V. und 3 VI. R. Sägholz: 16 I., 24 II. und 0,4 III. R. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Am Dienstag, 13. Mai, abends 6 Uhr, wird auf dem Rathaus die

Beifahrer und das Zerklainern von Brennholz

für die städtischen Gebäude vergeben. Hierzu werden Unternehmher eingeladen.

Stadt-Schultheißenamt. Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Bestellungen auf die im „Enztäler“ vom 9. Mai im Kommunal-Verband angebotenen

Futtermittel

wollen am Dienstag, den 13. Mai, zwischen 11 und 12 Uhr, gemacht werden.

Städt. Lebensmittelstelle S. A.: Kienzle.

Zwei teilmelkende

Kühe

zu kaufen gesucht. Höhere Reform Lehranstalt Wüzburg.

WIDERS DEUTSCHE REICHS-TINTE DIE BELIEBTESTE überall zu verlangen.



Turnverein Neuenbürg

Die Mitglieder werden vom dem Ableben unseres Mitgliedes

Emil Haist

in Kenntnis gesetzt. Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1/2 4 Uhr statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Suche auf 1. Juni bei hohem Lohn und guter Behandlung ein eheliches, in Küche und Haushalt tüchtiges

Mädchen,

welches, wenn nötig, auch in Geschäft (Rezeption) miltlich. Frau **Anna Krauß**, Wüzburg, Wilhelmstr. 84.

Ein guterhaltenes

Plavier

ist preiswert zu verkaufen. Angebote unter R. 15 an die Enztäler-Geschäftsstelle erbeten.

Feldbrennach.

Eine schwere

Rug- und Fahrstuhl,

18 Wochen alt, preiswert zu verkaufen

Gustav Wacker.

Vogelfutter.

Mischung für Amsel, Dohle in 100g Packung 1.-, Preiswert gegen Nachnahme zu beziehen unter S. J. 7000 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Wer auf dem Rathaus

die Bürgererschaft zu vertreten hat, der braucht, wenn er seinem Amt richtig nachkommen will, das soeben erschienene Buch „Der neue Gemeinderat in Württemberg“.

Verlag: G. J. D. Stuttgart.

Sch kaufe

gegen sofortige Kasse jedes Quantum

Leinöl.

Fr. Matheis, Fabr. chem. techn. Prod. Mannheim Industriezweige.

Hohen Verdienst

berziel. Heil. Personen durch den Betrieb eines leicht zu erlernenden Geschäftes.

Offerten unter S. J. 7000 an Rudolf Mosse, Stuttgart a. M.

Stimmzettel

zur Gemeinderatswahl liefert rasch und billig

G. Meeh'sche Buchdruckerei :: Inh. D. Strom.